

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Hsinhua zitiert Helmut Schmidt

In einer Meldung vom 19.9.73 zitiert NCNA in ausführlicher Form ohne eigenen Kommentar größere Passagen aus einer Rede des Finanzministers Helmut Schmidt vor der 15. Jahreskonferenz für Internationale Strategische Studien. Besondere Beachtung findet dabei Schmidts Äußerung von der "Gefahr sowjetischer Vorherrschaft in Westeuropa". Ferner vermerkt NCNA, daß "Westeuropa weiterhin von der Atlantischen Allianz und vom amerikanischen nuklearen Schirm zu seiner Sicherheit abhängig" sei. "Die Gleichheit der Interessen der USA und Westeuropas, die sich der Gefahr einer sowjetischen Vorherrschaft in Westeuropa gegenübersehen, bleibt in absehbarer Zeit eine lebenswichtige Voraussetzung...". Gleichfalls zitierte NCNA (16.9.73) den US-Präsidenten Richard Nixon, daß der Abzug von US-Truppen aus Europa "ein Fehler wäre, der ernstlich eine Auflösung des NATO-Bündnisses einleiten könnte". Diese Meldungen sind Einzelbeispiele einer kommentarlosen, rein wiedergebenden Veröffentlichungswelle von Äußerungen westlicher Politiker und Presseorgane, die das Leitmotiv der chinesischen Außenpolitik, die drohende Sowjetexpansion, unterstützen.

(2) Glückwünsche Walter Scheels an Chi P'eng-fei und Ch'iao Kuan-hua

Der Bundesminister des Auswärtigen übermittelte dem Außenminister der VR China, Chi P'eng-fei, folgendes Telegramm:

"Zu Ihrer Wahl ins Zentralkomitee der KP Chinas sende ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche. Ich sehe darin eine Anerkennung Ihrer Leistungen für den Aufbau Chinas. Möge Ihnen für die bedeutenden Aufgaben, die als Außenminister und als Mitglied Ihres Landes vor Ihnen liegen, weiter Erfolg beschieden sein. Walter Scheel, Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland".

An den Stellvertretenden Außenminister erging folgende Adresse:

"Zu Ihrer Wahl als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der VR China möchte ich Ihnen meine aufrichtigen Glückwünsche aussprechen. Ich freue mich mit Ihnen über die darin zum Ausdruck kommende Anerkennung Ihrer bisherigen Leistungen. Für den erweiterten Aufgabenbereich wünsche ich Ihnen persönlich wie auch zum Besten des chinesischen Volkes vollen Erfolg. Walter Scheel, Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland". (Bulletin, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 6. Sept. 1973).

(3) Grußtelegramm der KPD/ML zum 10. Parteitag der KPCh

Am 16.9.1973 veröffentlichte NCNA in gekürzter Fassung den Text eines Grußtelegramms der KPD/ML und ihres 1. Vorsitzenden Ernst Aust. Das Telegramm, das u.a. den Sieg der KPCh "über die beiden kapitalistischen Hauptquartiere mit Liu Shao-ch'i und Lin Piao als Häuptlinge" preist sowie das entschlossene Auftreten Chinas gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus, wird von der chinesischen Nachrichtenagentur ohne eigenen Kommentar wiedergegeben. Überhaupt hat es den Anschein, als ob die VR China seit der Verbesserung ihrer Beziehungen mit den europäischen Ländern auf regierungsoffizieller Ebene den verbalen Bücklingen ihrer hiesigen Anhänger weniger Gewicht beimesse.

(4) Kollaborationsklagen aus Moskau gegenüber der BRD

In einem Bericht vom 8.9.1973 beklagte Radio Moskau die extrem einseitige und verleumderische Kolportage chinesischer Antisowjetpropaganda innerhalb eines großen Teils der deutschen Nachrichtenmedien. Neben den Organen des Springer-Konzerns wurden auch der NDR und die Frankfurter Rundschau genannt, die "das Gemache maoistischer Propaganda bereitwillig wiedergeben". "Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland muß sich fragen: Was erstrebt die Propaganda am Rhein, wenn sie Pekings Lügenmärchen von der Gefahr verbreitet, die China angeblich aus dem Norden drohe? " Radio Moskau hat hierauf auch eine Antwort parat. Das "wachsende politische Interesse der neonazistischen Organisationen für die Mao-Ideen wie auch die politischen Kontakte der Neonazis mit den maoistischen Organisationen können wohl kaum jemand in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie im übrigen Europa überraschen. Konkrete Angaben über die Art und Weise der antisowjetischen Zusammenarbeit mit einem "China, das immer weniger kommunistische und immer mehr nationalsozialistische Züge aufweist", verschwieg der Sender allerdings.

(5) Anschrift der deutschen Botschaft in Peking

Die neue Adresse der Botschaft in der VR China lautet:

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
in Peking
San Li Tun 39
Tel.: 52 21 61 (24stündiger Telefondienst).

DDR

(6) Minimalbeziehungen der Volksrepublik China mit der DDR

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Volks-

republik China und der DDR, die bereits im Oktober 1949 vereinbart und 1953 durch den ersten Botschafteraustausch aufgenommen worden waren, haben sich im Verlaufe der letzten Jahre zunehmend abgekühlt. Die Kontakte beschränkten sich auf geringe Handelsbeziehungen, und der einzige DDR-Politiker, der die VR China in diesem Jahr besuchte, war der Stellv. Außenhandelsminister Nitzschke während der Cantoner Frühjahrmesse (DPA, 24.9.1973). Die klimatische Abkühlung scheint nicht zuletzt darauf zurückzuführen zu sein, daß die SED unter Honeckers Führung ständig extremere und aktivere Positionen im sowjetisch-chinesischen Ideologiekonflikt bezogen hat und China des absoluten Bruchs mit dem Marxismus-Leninismus beschuldigt hat. Noch während der sechziger Jahre war die chinesische Führung bereit, die DDR politisch zu schonen und die Politik gegenüber der Bundesrepublik zurückzusetzen. Offensichtlich bezog man die politische Zwangssituation der DDR gegenüber der Sowjetunion in das deutschlandpolitische Kalkül mit ein. Als Ausgleich für das chinesische Verständnis hatte sich die SED Ulbrichts darauf beschränkt, die sowjetische Position mehr oder weniger kommentarlos und schematisch wiederzugeben (vgl. C.a. 73/8 - Ü 4).

WESTEUROPA

(7) Sprach Pompidou mit Chou En-lai über eine Neutralisierung Deutschlands?

Nach einer Meldung der dpa ist es während des Pompidou-Besuches in Peking möglicherweise auch zu Gesprächen über eine potentielle Neutralisierung Gesamtdeutschlands gekommen. Zumindest der frühere Ministerpräsident Jacques Chaban-Delmas soll entsprechende französische Bedenken während des Besuchs einer französischen Parlamentarier-Delegation im Sommer d.J. vorgetragen haben. Diese Vermutungen erhielten dadurch zusätzliche Nahrung, daß die chinesische Führung wiederholt die Anomalie eines geteilten Deutschlands hervorgehoben hatte. So hatte u.a. bereits 1964 das Mitglied des Politbüros der SED Hermann Mattern in einer Rede zum 94. Geburtstag Lenins verkündet, China habe die DDR zu einer Annäherung an die BRD und zu einer Neutralisierung gedrängt. Seither haben sich diesbezügliche Äußerungen chinesischer Führer wiederholt. Allerdings scheint Peking diese Linie seit einiger Zeit zugunsten einer verstärkten EWG-Einigungs politik zurückgedrängt zu haben.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(8) VRCh gegen "kollektive Sicherheit in Asien"

Chinas politische Opposition gegen den sowjetischen Plan eines Systems kollektiver Sicherheit in Asien findet Unterstützung in der Presse der betroffenen Staaten. NCNA zitiert Beispiele verschiedener Organe, um auf die drohende Gefahr einer Sowjet-Hegemonie hinzuweisen. So die Bangkok Review: ".....

kann nur den Interessen der Sowjetunion dienen, ihren Einfluß auf ganz Asien auszuweiten und diese Länder zu sowjetischen Satelliten zu machen," oder "..... Die Sowjetunion beharrt noch immer auf ihrer Politik wie gegenüber der Tschechoslowakei" (NCNA, 12.9.73). Die thailändische Zeitschrift Mahanakorn: "Sucht die Sowjetunion etwa nach weiteren Kolonien?" und ".... sind sich alle in Thailand und in anderen ostasiatischen Ländern der Tatsache bewußt, daß die Sowjetunion sich nicht wie früher still verhält", ".... möchte ihren finsternen Herrschaftsbereich auf die asiatischen Länder erstrecken" (NCNA, 15.9.73). See Hua Daily News (Malaysia): "Kein Unterschied zwischen Indochina und der Tschechoslowakei" (NCNA, 15.9.73).

Present Day Asia (Japan): "Die expansionistische Aktivität der Sowjetunion in Asien und im Pazifik ist verbunden mit ihrer Aktivität im Indischen Ozean und im Mittelmeer" (NCNA, 16.9.73). Insbesondere seit Ende des Vietnamkrieges scheint die chinesische Zwischenzonen-Politik, die beiden Supermächte der USA und der Sowjetunion aus dem östlichen Asien zurückzudrängen, nicht ohne Anklang in diesem Raum zu bleiben.

(9) "Stählerne Mauer" zur Sowjetunion?

Nach einer Meldung Radio Pekings vom 27. Sept. 1973 bereitet die Volksrepublik China den Bau einer modernen Verteidigungslinie an der Grenze der Provinz Sinkiang zur Sowjetunion vor. Auf diese Weise soll die Provinz, in der sich auch atomare Versuchsanlagen der Volksrepublik China befinden, gegen "Verbrechen der Subversion und Aggression" durch die Sowjetunion geschützt werden. Der Plan zum Bau einer solchen "stählernen Mauer" sei auf einer Massenversammlung der Bevölkerung in der Provinzhauptstadt Urumchi gefaßt worden, um einen "Überraschungsangriff des sowjetischen Sozialimperialismus" unmöglich zu machen.

(10) Moskau meldet chinesische Grenzprovokationen

Nowoje Wremja brachte in ihrer Ausgabe vom 6. September mongolische Dokumente über angeblich von Chinesen inszenierte Grenzzwischenfälle entlang der Mongolischen Volksrepublik. Das dem sowjetischen Außenministerium nahestehende Blatt berichtete, daß die Chinesen von 1969 bis zum Juli dieses Jahres insgesamt 151 "kriegerische Manöver" an der Grenze zur Mongolei unternommen hätten. U.a. seien chinesische Soldaten 15-20 km tief in mongolisches Gebiet eingedrungen und seien auch vor Artillerie-Überfällen nicht zurückgeschreckt. Man habe Spionage-Aufnahmen gemacht, Brände gelegt und Flugblätter verteilt.

(11) Sozio-Imperialismus auf den Spuren des alten britischen Kolonialismus?

Unter Bezugnahme auf verschiedene arabische Zeitungen meint Hsinhua, die sowjetische Expansion vollziehe sich ganz nach dem Schema des alten britischen Kolonialismus. Moskau konzentriere sich auf

den Nahen Osten, der mit seinen Ölvorräten und mit seiner Landmasse zwischen der Sowjetunion und dem Gebiet des Indischen Ozeans sowie zwischen der Sowjetunion und dem indischen Subkontinent höchste geopolitische Brisanz besitze. Als Großbritannien Indien besetzte, habe es alle Anstrengungen unternommen, um jedes Land und jeden Kanal im Nahen Osten zu kontrollieren. Heute sei die Sowjetunion in Indien an die Stelle Großbritanniens getreten. Da dies die geographische und strategische Wirklichkeit sei: weshalb sollte die Sowjetunion dann nicht auch im Nahen Osten den Platz Großbritanniens einnehmen? Von den 1972 auf rd. 90 Mrd. t geschätzten Gesamt-Ölvorräten der Welt lägen über die Hälfte im Golfgebiet, von dem alle 14 Minuten ein Tanker zu den verschiedensten Teilen der Welt auslaufe. Die Sowjetunion habe es mit Hilfe einer raffinierten Verbindung von Kreditgewährung und Wirtschafts- sowie Militärhilfe verstanden, die Preise für eigene Ölkäufe bis auf ein Viertel der Weltmarktquote zu drücken. Außerdem habe sie den "Un-sinn" verbreitet, das Erdöl des Nahen Ostens sei internationales Eigentum (NCNA, 6.9.73).

(12) Bedrohung Europas durch die SU?

Roy Jenkins, früheres Mitglied der britischen Labour Party und ehemaliger Finanzminister, berichtete von seinen Eindrücken und Gesprächen mit führenden chinesischen Staatsmännern, u.a. mit Chiao Kuan-hua und Teng Hsiao-ping. Beide seien davon überzeugt, daß die sowjetische Drohung gegenüber Westeuropa noch viel ernster zu nehmen sei als gegenüber China. Sie stünden mit dieser Ansicht nicht allein, sondern gäben auch den Standpunkt Chou En-lais zu dieser Frage wieder! (IHT, 6.9.73)

(13) Unzufriedenheit in Albanien

Nach Meldung der New York Times vom 13.9.73 soll es in Albanien zu partei-internen Auseinandersetzungen um die zukünftige Politik gegenüber den USA gekommen sein. Vor allem jüngere Kräfte innerhalb der Hierarchie der albanischen Arbeiterpartei hätten auf die orthodoxe Führung unter Enver Hodscha Druck ausgeübt, um eine Angleichung an "die Haltung Chinas gegenüber den USA" zu erzielen. Diese Forderungen innerhalb der Partei sollen im Anschluß an ein Politbürotreffen im März weitreichende Säuberungen zur Folge gehabt haben. Zumindest jedoch hat die albanische Presse seither eine intensive Kampagne gegen jede Art von "fatalistischer Psychologie" gestartet und alles Gerede über "normale Beziehungen" verurteilt. Begleitet wurde diese Kampagne zusätzlich von einer landesweiten Bewegung, die sich scharf gegen das Einschalten ausländischer Fernsehstationen wandte und deren Sendungen als "getarnte Feinde des Volkes" angreift.

(14) Rumänische KP-Delegation in Peking

Rumänien verfolgt auch weiterhin seinen außenpolitischen Weg zwischen den beiden Linien der Sowjetunion und der Volksrepublik China. Zur glei-

chen Zeit, da sich die anderen Länder Osteuropas zu einer neuen antichinesischen Offensive anschickten, startete am 5. September 1973 eine ZK-Delegation der rumänischen Kommunistischen Partei unter Leitung des Exekutivkomitee-Mitglieds Emil Bodnaras der Volksrepublik China einen offiziellen Besuch ab (NCNA, 5.9.73). Die Delegation wurde bereits am Flughafen Pekings u.a. vom Mitglied des Ständigen Politbüroausschusses Chang Ch'un-ch'iao und vom Stellv. Außenminister Chiao Kuan-hua empfangen. Ferner heißt es, daß das von Ministerpräsident Chou En-lai gegebene Bankett und die beiderseitigen Gespräche "in einer herzlichen Atmosphäre der Freundschaft zwischen den beiden Parteien und Völkern" verliefen. Über den Inhalt der Gespräche selbst gab es keine Verlautbarung. Dennoch scheint es nicht unmöglich, daß die chinesischen Gastgeber ihre antisowjetischen Bedenken vorgetragen haben und daß die rumänische Delegation die chinesischen Äußerungen "in einer Atmosphäre der Freundschaft" zur Kenntnis genommen hat. Nach Abschluß ihres Besuches reiste die Delegation am 8. September weiter zu Gesprächen in die Demokratische Volksrepublik Korea.

LATEINAMERIKA

(15) Chile: Verurteilung der Volksrepublik China vor dem Putsch

Wenige Tage vor dem Putsch der Militärjunta in Chile hatte das Parteiorgan der KP Chiles El Siglo die "Ideologie Chinas" als "gegen die Interessen aller sozialistischen Länder" gestellt verurteilt. Das Parteiorgan bezeichnete ferner den 10. Parteitag der KPCh als ein Forum, das sich "gegen die nationalen Befreiungsbewegungen gerichtet" habe und von "Prinzipien der Internationalen Kommunistischen Bewegung abgewichen" sei. Es bleibt abzuwarten, ob die KP Chiles nach dem Putsch ihre prosowjetische Linie beibehalten wird, oder ob die Illegalität einen ideologisch-politischen Reorientierungsprozeß einleiten wird.

AFRIKA

(16) Wer treibt Handel mit Südafrika?

China und die Sowjetunion beschuldigen sich gegenseitig der Handelskollaboration mit der Südafrikanischen Union. So berichtete die südafrikanische Zeitung Daily Rand, daß es Kontakte zwischen der Sowjetunion und Südafrika "zum Zwecke der Vorbereitung von Gesprächen über einen weiten Bereich von Fragen" gäbe. Diese Nachricht wurde von der Sowjetunion sogleich als "Erfindung aus Peking" demontiert (Tass, 7.9.73). Es sei "eine Standardmethode der chinesischen Propaganda", durch die man versuche, "die Politik der Sowjetunion zu diskreditieren, die afrikanischen Länder in ihrem gerechten Kampf um die Stärkung der nationalen Unabhängigkeit und gegen die schädliche Apartheid-Politik" zu unterstützen. Dann geht die sowjetische Nachrichtenagentur ihrerseits zum Angriff über und behauptet: "Peking verfolgt noch ein weiteres Ziel, nämlich, die unpa-

sende Tatsache zu bemängeln, daß China selbst Handel mit dem Rassisten-Regime in Pretoria treibt". Als Zeugnis hierfür werden u.a. Äußerungen aufgeführt, daß die Volksrepublik China "jährlich 70.000 t Chromerz aus Rhodesien importiere und daß Außenminister Ch i P'eng-fei während seines Besuches in Großbritannien betont hat, daß die Volksrepublik China am Kauf von strategischen Rohmaterialien in Südafrika und Rhodesien interessiert sei". Eine weitere Meldung zum "Handel Chinas mit den Rassisten" ließ Tass am 17.9.1973 folgen, indem sie die senegalesische Zeitung Afrique Nouvelle zitierte, daß "eine der zusätzlichen Bedingungen des geheimen Handelsvertrages vom Jahre 1971 zwischen der VR China und der Südafrikanischen Union die Klausel war, daß sich die chinesische Seite verpflichtet habe, die Hilfe für die Nationale Befreiungsbewegung zu kürzen".

NAHOST

(17) Neue Kontakte mit Ägypten

In Kairo hat eine chinesische Industrie-Delegation Gespräche mit ägyptischen Regierungsvertretern aufgenommen, um ein Abkommen über den Aufbau industrieller Anlagen in Ägypten fertigzustellen (INA, 5.9.73). Vor Beginn der Verhandlungen, am 1. September 1973, war der chinesische Botschafter in Ägypten, Chai Tzu-min, vom ägyptischen Staatspräsidenten Anwar Sadat zu einem ausführlichen Gespräch empfangen worden (NCNA, 2.u.3.9.73). Nur kurze Zeit später stattete der ägyptische Vizepräsident Hussein El Shafei der Volksrepublik einen Good-Will-Besuch ab. Er wurde dabei u.a. auch vom rehabilitierten Stellv. Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing empfangen (NCNA, 20.9.73) und hatte ein über zweistündiges Gespräch mit Mao Tse-tung und Chou En-lai (NCNA, 23.9.73). Das chinesische Engagement im Kernland des Nahen Ostens, das im Zusammenhang mit der gesamten Mittelmeerpolitik der Volksrepublik zu sehen ist, scheint darauf ausgerichtet zu sein, den nachlassenden Einfluß der Sowjetunion in diesem Gebiet weiter zu verringern. Die ersten Bemühungen einer antisowjetischen Nahostpolitik Chinas hatten bereits im Jahre 1970 eingesetzt und im Sudan 1971 Erfolge gezeitigt. Damals hatte China den Sudan mit Waffen- und Nahrungsmittellieferungen unterstützt und ein Entwicklungshilfeabkommen geschlossen. Nach dem Ende der "sowjetisch-ägyptischen Bruderschaft" scheint das sudanesisches Beispiel auch in Ägypten Schule zu machen (vgl. C.a. 72/6 - 20), zumal die Volksrepublik auch durch den Abschluß eines Handels- und Zahlungsabkommens sowie eines Abkommens zur technischen Unterstützung mit den mittelmeerischen Inselstaaten Cypern und Malta weitere Erfolge erzielen konnte (NCNA, 19. u.20.9.73).

ASIEN

(18) Baldiger Besuch Ch i P'eng-feis in Japan?

Nach Mitteilungen des Stellv. japanischen Kabinettssekretärs Ganri Yamashita vor Journalisten (JIJI-Press, 10.9.73) steht ein baldiger Besuch des chinesischen Außenministers Ch i P'eng-fei in Japan bevor. Ch i hatte diesen Wunsch beim japanischen Botschafter in Peking, H. Owaga, angeregt. Ferner hatte Chou En-lai in einem persönlichen Schreiben an Ministerpräsident Tanaka einen weiteren Besuchs austausch der Außenminister beider Länder vorgeschlagen (JIJI-Press, 13.9.73). Die japanische Regierung wünscht diesen Besuch zum frühestmöglichen Zeitpunkt, d. h. Ende dieses Jahres nach den Reisen Ministerpräsident Tanakas in westeuropäische Länder und in die Sowjetunion. Einen Besuch Ch is zu diesem Zeitpunkt müßte Japan insofern gelegen sein, als es dann durch intensive Gespräche seine Position zwischen der VR China und der Sowjetunion deutlicher ausgelotet haben sollte. Japan möchte zu diesem Zweck nach Angaben von Regierungskreisen regelmäßige Kontakte auf Minister-Ebene mit der Volksrepublik China vorschlagen.

(19) Grußbotschaft zum 25. Jahrestag Nordkoreas

Anläßlich des 25. Gründungstages der Demokratischen Volksrepublik Korea sandte die chinesische Führung eine Grußbotschaft an den Genossen Kim Il Sung, in der China "die weise Führung der koreanischen Arbeiterpartei unter Leitung des Genossen Kim Il Sung" betonte. Ferner wird die "militante Freundschaft und revolutionäre Einheit" beider Völker hervorgehoben sowie die gemeinsame Verbundenheit im Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus. Bemerkenswert an der Grußbotschaft erscheint, daß die chinesische Führung zwar auf den Kampf Nordkoreas gegen den US-Imperialismus verweist, sich jedoch jeglicher antisowjetischer Stellungnahme enthält, die den nordkoreanischen Balanceakt zu nationaler Unabhängigkeit und ideologischer Selbständigkeit zwischen den beiden großen Nachbarn gefährden könnte und die Nordkoreaner zu einer Stellungnahme zwingen müßte.

(20) Weitere Kontakte mit Nepal

Am 18. September kam es in Peking zu intensiven Gesprächen zwischen Außenminister Ch i P'eng-fei und dem nepalesischen Außen- und Finanzminister Gyamendra Bahadur Karki (NCNA, 18.9.73). Diese Gespräche scheinen um so bedeutender, als das Königreich Nepal zu jenen Staaten gehört, mit denen Peking seit altersher um ein wohlwollend neutrales Verhältnis bemüht ist. In diesem Zusammenhang müssen den Chinesen verstärkte nepalesische Bemühungen um größere wirtschaftliche und politische Distanz von der südasiatischen Vormacht Indien um so gelegener erscheinen. China hat daher auch schon in der Vergangenheit Nepal durch ansehnliche Entwicklungshilfeleistungen und den Bau von Gebirgsstraßen unterstützt (C.a. 72/12 - Ü 21).

(21) Philippinen: "Diversifizierung" in auswärtigen Angelegenheiten

In einem kürzlichen Interview bestärkte der Außenminister der Philippinen, P. Romulo, die Absicht seiner Regierung, sich mit China zu arrangieren. Die jetzt einjährige Politik der "offenen Fenster" gegenüber den sozialistischen Staaten oder der "Diversifizierung in auswärtigen Angelegenheiten" sei von Präsident Nixon und Premier Tanaka vorgezeichnet worden. Romulo gab ferner zu verstehen, daß seine Regierung noch keine "Zauberformel" besitze, um das Problem Taiwan-Peking zu umgehen, wies zugleich aber auf eine Uralteinladung "seines alten Freundes, des Ministerpräsidenten Chou En-lai" während der Bandung-Konferenz 1955 hin, die er in Zukunft anzunehmen gedenke. Bisher sind die Beziehungen beider Länder nicht über den Besuch einer philippinischen Handelsdelegation hinausgekommen.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(22) Diskussion über die Abfassung einer "Charta der Wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten"

Anläßlich der 2. Sitzung der Arbeitsgruppe des Handels- und Entwicklungsausschusses der UNO über die "Charta der Wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" vom 16. - 27. Juli in Genf gab die Delegation der VR China konkrete Vorschläge ab:

a) Zur Frage nach der Ursache der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Entwicklungsländer:
Antwort Chinas: "Wirtschaftliche Kontrolle und Ausplünderung von außen".

b) Ziele einer neuen Handels- und Entwicklungspolitik:
China: "Die Charta, die wir auszuarbeiten haben, soll die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten wahren und ihre wirtschaftliche Entwicklung fördern. Ihre Bestimmung muß auch sein, wirtschaftliche internationale Beziehungen aufzurichten, die auf der Gleichberechtigung, dem gegenseitigen Nutzen und Respekt beruhen, den normalen internationalen wirtschaftlichen Verkehr erweitern und die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern aller Länder fördern".

c) Die einzusetzenden Mittel:
China: "Um eine wirkungsvolle Rolle in der Förderung normaler wirtschaftlicher zwischenstaatlicher Beziehungen zu spielen, sollte die Charta kein abstraktes Dokument ohne Substanz sein, sondern spezifische Leitprinzipien, die wichtige wirtschaftliche Probleme betreffen, beinhalten", nämlich

- "jedes Land hat das permanente und vollständige Verfügungsrecht über seine Naturschätze;
- der Handel aller Länder soll in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens entwickelt werden. Für Exportwaren aus den Entwicklungsländern sollen ange-

messene und rentable Preise bezahlt werden. Diskriminierende Handelsschranken, Monopole auf den Weltmärkten und Maßnahmen des Dumping von seiten der entwickelten Länder sind zu unterlassen;

- mit der Respektierung der Souveränität der Entwicklungsländer hängt es zusammen, daß ihnen keine Bedingungen gestellt und keine Privilegien abgehandelt werden dürfen. Anleihen sollten langfristig, zinslos oder wenigstens zu niedrigem Zinsfuß gewährt werden. Den Empfängerländern solle erlaubt sein, den Rückzahlungstermin aufzuschieben, falls ihnen die Rückzahlung zum festgelegten Termin unmöglich ist. Kreditländer sollten keine Rückzahlung erzwingen, noch weniger sollten sie aufgrund der Schuldenfrage Druck auf diese Länder ausüben. Bei neuen Technologien sollen die Preise niedrig gehalten und die Übertragungszeiten kurz gehalten werden. Unter keinen Umständen darf unter dem Aushängeschild der "internationalen Arbeitsteilung" anderen Ländern fremder Wille aufgezwungen werden;

- ausländische Kapitalanlagen und Unternehmen sollen die Prinzipien der strikten Achtung der Souveränität des Gastlandes befolgen und dürfen sich nicht in dessen innere Angelegenheiten mischen;

- jeder unabhängige Staat bestimmt sein eigenes Währungssystem. Alle restlichen Privilegien des Kolonialismus und Neokolonialismus auf dem Gebiet der Währungen und Finanzen sind zu beseitigen." (PRu 1973, Nr.33, S.12-14).

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(23) Gegen die Ozean-Hegemonie der Supermächte

In einer Nachricht vom 11.9.1973 betont NCNA die Entschlossenheit Chinas, den "Kampf lateinamerikanischer, afrikanischer und asiatischer Länder gegen die Ozean-Hegemonie der Supermächte" zu unterstützen. Es geht dabei insbesondere um die Bemühungen vieler Entwicklungsländer, ihre Hoheitsgewässer auf eine 200sm-Zone auszudehnen und sich so nationale Fischereiereservoirs zu sichern. Demgegenüber ist es die Politik der Sowjetunion und der USA, an der alten 12-Meilen-Regelung so weit als möglich festzuhalten. Mit besonderer Schärfe richtet sich die chinesische Nachrichtenagentur gegen die Ausführung des sowjetischen Delegierten vor dem UN-Meereshodenkomitee, während die Haltung des US-Delegierten lediglich als "unvernünftig" bezeichnet wird. Als Ausdruck des "Wahnsinns, mit dem der sowjetische Sozialimperialismus die Länder der Dritten Welt ihrer Fischressourcen beraubt" dient China die Tatsache, daß der sowjetische Fischfang 1972 86,6% seiner Fangerträge in "weit entfernten Ozeanen" tätigte. In einem allgemeineren Zusammenhang der Nutzung der Meere hatte sich Peking auch bereits hinter die Nationalisierungsforderung der südostasiatischen Anrainerstaaten der Malakka-Straße gestellt, indem es die 15 Mio. Südostasiens-Chinesen aufrief, die diesbezügliche Politik ihrer Regierung zu unterstützen.